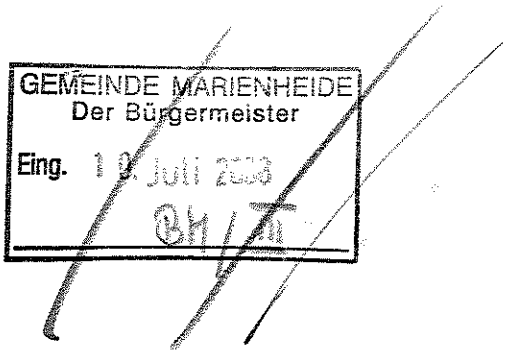
DRUCKSACHE 94/08

CDU – Fraktion des Rates
der Gemeinde Marienheide

51709 Marienheide, 9. Juli 2008
Landwehrstr. 10 a

Herrn Bürgermeister
Uwe Töpfer

Rathaus
51709 Marienheide



ANTRAG zur Ratssitzung am 23. September 2008
Brandschutztechnische Anforderungen an Gebäude der Gemeinde
Hier als jüngstes Beispiel: Turnhalle Jahnstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir stellen den Antrag, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen:

1. Die Verwaltung sollte mit anderen Kommunen im Oberbergischen Kreis und in benachbarten Kreisen Kontakt aufnehmen. Es soll eruiert werden, wie dort die Problematik der brandschutztechnischen Auflagen gesehen wird, um Vergleichsmöglichkeiten zu haben. Hierbei ist zu prüfen, ob in anderen Kommunen durch Bauaufsicht bzw. Brandschutzingenieure die Vorgaben moderater gemacht werden, indem eventuelle Ermessensspielräume genutzt werden. Dadurch könnten geringere finanzielle Belastungen für unsere Kommune und weniger Einschränkungen durch die Nutzer auftreten. Dazu zählt auch, dass Maßnahmen evtl. über längere Zeiträume gestreckt und dass durch die Kommune Anträge auf Reduzierung der Standards (s. Standardbefreiungsgesetz) gestellt werden können.
2. Sollte sich herausstellen, dass bei anderen Bauaufsichtshörden ein moderateres Vorgehen verzeichnet werden kann, sollte mit der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises unter Beteiligung des beauftragten Brandschutzingenieurs verhandelt werden mit dem Ziel, nach Interimslösungen zu suchen, damit die betroffenen Vereine die Halle bis zur Sanierung weiter nutzen können. Dabei ist zu beachten, dass die Realisierung evtl. im Rahmen eines PPP-Projektes erfolgt. Wegen der vertraglichen Verpflichtungen der Vereine, die ein Winterschützenfest/Karnevalsveranstaltung ausrichten wollen, ist es notwendig, Entscheidungen kurzfristig zu treffen.
3. Alle brandschutztechnischen Auflagen sind noch einmal intensiv mit der Bauaufsichtsbehörde und dem/einem Brandschutzingenieur zu erörtern. Oberstes Ziel muß es sein, den baulichen und den damit verbundenen Kostenaufwand auf ein Minimum zu reduzieren. Auch Möglichkeiten, längere zeitliche Abläufe sowie Senkung der Standards zu erreichen, sollten hinterfragt werden.

4. Bekanntlich hat die Bezirksregierung der Gemeinde angeboten, Hilfestellung in allen Haushaltsfragen zu leisten. Die Verwaltung sollte dabei anregen zu prüfen, in welcher Form die Bezirksregierung auf Ministerien einwirken kann, „Härtefälle" vertretbar großzügiger zu handhaben, um eine für unsere Gemeinde günstigere Situation zu erreichen.

Begründung:

Seit einigen Jahren wird der Haushalt unserer Gemeinde erheblich durch Baumaßnahmen belastet, die aufgrund von brandschutztechnischen Anforderungen durchgeführt werden müssen. Neben dem Rathaus und Schul- und Sportzentrum ist das jüngste Beispiel die Turnhalle Jahnstraße, wo die kurzfristigen erheblichen Auflagen fast dazu geführt hätten, dass eine Durchführung des Schützenfestes in der Turnhalle, wie seit Jahrzehnten praktiziert, nicht möglich gewesen wäre.

Zugegebenermaßen fehlen uns Kommunalpolitikern detaillierte brandschutztechnische Kenntnisse. Dennoch ist für uns die Intensität der Brandschutzproblematik in der Gemeinde erstaunlich. Weder der örtlichen Presse ist ähnlich stringentes Anwenden der gesetzlichen Vorschriften in anderen Kommunen zu entnehmen, noch können Vertreter von Nachbarkommunen in Gesprächen von solchen Erfahrungen berichten. Man könnte zu dem Schluß kommen, dass in anderen Kommunen Ermessensspielräume /Gestaltungsfreiräume eher genutzt werden.

Aufgrund der äußerst angespannten Haushaltslage müssen zwangsläufig immer wieder andere wichtige Projekte zurückgestellt werden, um die Kosten halbwegs finanzieren zu können. Wichtig wäre deshalb die Gewährung längerer Übergangsfristen, um die Belastungen über einen längeren Zeitraum zu strecken als das in anderen Kommunen aber nicht in Marienheide der Fall zu sein scheint. In diesem Zusammenhang sei beispielhaft daran erinnert, dass die Bauaufsicht des Kreises einen enormen Druck zur Beseitigung von brandschutztechnischen Mängeln in der Abteilung II der Gesamtschule erzeugte, ohne die politische Entscheidung darüber abzuwarten, ob dieses Objekt nicht einige Jahre später hätte abgerissen werden sollen.

Die CDU-Fraktion verkennt nicht, dass Leib und Leben unserer Bürger nicht gefährdet werden dürfen. Angesichts der Haushaltslage unserer Gemeinde müssen jedoch alle Möglichkeiten und Ermessensspielräume genutzt werden, die Belastungen so gering wie nur irgend möglich zu halten. Dazu gehört auch die Prüfung, ob Standards auf der Rechtsgrundlage des Standardbefreiungsgesetzes gesenkt oder für bestimmte Zeit ausgesetzt werden können.
Ein weiterer Abbau strukturell wichtiger Gebäude würde zwangsläufig zur Konsequenz haben, dass unsere Vereine keine Bleibe mehr hätten und damit deren langsames Sterben begänne. Die Vereine sind die Lebensadern einer Gemeinde, die Traditionen und geselliges Leben aufrechterhalten und pflegen. Das sollte sich jeder von uns vergegenwärtigen und nicht leichtfertig aufs Spiel setzen !

Mit freundlichen Grüßen